

Wie RWE Dörfer zerstört und Menschen vertreibt

Trotz vereinbartem Kohleausstieg will RWE fünf weitere Dörfer für den Braunkohletagebau Garzweiler II abbaggern

Im Juli 2020 hat die Bundesregierung das sogenannte „Kohleausstiegs-gesetz“ beschlossen. Erst bis 2038 soll Schluss sein mit der Kohleverstromung in Deutschland. Nicht nur, dass dieses Ausstiegsdatum für das Klima viel zu spät ist – Europas größter CO₂-Verursacher RWE hat es sogar geschafft, eine in Wahrheit gar nicht vorhandene „energiewirtschaftliche Notwendigkeit“ seines Braunkohletagebaus Garzweiler II ins Gesetz schreiben zu lassen. Auch in Zukunft sollen dadurch noch Dörfer für den Braunkohleabbau geopfert werden. RWE führt seinen zerstörerischen Kohlekurs unbeirrt fort.

Tagebau Garzweiler II

Nach ersten Planungen in den 1950er Jahren wurde der Braunkohlenplan Garzweiler II 1995 von der damals in Nordrhein-Westfalen allein regierenden SPD genehmigt. Der Plan umfasste eine Fläche von 48 km² und den Abbau von 1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle. Nach damaligem Stand sollten dem Tagebau 13 Ortschaften weichen und 7.600 Menschen umgesiedelt werden.¹ Im Juli 2016 beschloss die rot-grüne Landesregierung von NRW die Verkleinerung des Tagebaus um ein Viertel, wodurch u.a. die Ortschaft Holzweiler von der Abbaggerung verschont bleibt. Die förderbare Menge Braunkohle im Tagebau verringerte sich damit auf rund 870 Millionen Tonnen. Pro Jahr baut RWE in dem Tagebau 35 Millionen Tonnen Braunkohle ab und verfeuert sie in den angrenzenden Kraftwerken Neurath und Niederaußem zur Stromproduktion.²

In der Liste der größten CO₂-Verschmutzer Europas liegt das Braunkohlekraftwerk Neurath mit 32,2 Millionen Tonnen CO₂-Jahresausstoß (2018) auf Platz 2, dicht dahinter folgt das Kraftwerk Niederaußem mit 25,9 Millionen Tonnen.³ Trotz der immer deutlicher werdenden Folgen der Klimakrise hat die Bundesregierung die Kohlepläne von RWE am Tagebau Garzweiler II im Kohlegesetz gebilligt. Weitere fünf Dörfer sollen für den Tagebau zerstört und über 1.500 Menschen umgesiedelt werden – viele gegen ihren Willen.



Keyenberg soll den Baggern weichen

© Florian Manz / Greenpeace

Bedrohte Dörfer

Um den Tagebau Garzweiler II sind derzeit fünf bewohnte Ortschaften von der Abbaggerung durch RWE bedroht: Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Berverath. Alle fünf Dörfer haben eine Jahrhunderte alte Geschichte mit alten Bauernhöfen, historischen Kirchen, denkmalgeschützten Bauwerken, Vereinshäusern und fruchtbaren Äckern.

¹ Stadtverwaltung Erkelenz: <https://www.erkelenz.de/planen-bauen-wohnen-umwelt/umsiedlungen-tagebau-garzweiler-ii/>

² RWE: <https://www.group.rwe/unsere-portfolio-leistungen/betriebsstandorte-finden/tagebau-garzweiler>

³ https://ec.europa.eu/clima/policies/ets/registry_en

Ihnen droht, was bereits mit mehr als 300 Orten in den vergangenen 100 Jahren geschah – sie sollen zerstört werden, damit weitere Hunderte Millionen Tonnen des klimaschädlichsten aller Energieträger abbaggert werden können.

Einer der ältesten und der größte der bedrohten Orte am Tagebau Garzweiler ist Keyenberg mit 830 Einwohner*innen vor Umsiedlungsbeginn (Stand: Dez 2016).⁴ Auch wenn die Umsiedlungen schon vorangeschritten sind, verfügt der historische und lebendige Ort noch über eine funktionierende dörfliche Infrastruktur, wie Bäckerei, Blumengeschäft und Schule. Die katholische Heilig-Kreuz-Kirche in Keyenberg ist in den Grundfesten über 1.000 Jahre alt.

Mit den Umsiedlungen begonnen hat RWE im Jahr 2016. Zu diesem Zeitpunkt lebten in den fünf Dörfern noch mehr als 1.500 Menschen.⁵ Aktuell sind es mit 745 Einwohner*innen noch knapp die Hälfte (Stand: Juni 2020).⁶ Doch seit Anfang 2018, als die Bundesregierung schon angekündigt hatte, dass die Kohlekommission einen Vorschlag für den deutschen Kohleausstieg ausarbeiten wird – treibt RWE die Umsiedlungs-Verhandlungen massiv voran. Während der Konzern im März 2018 mit 45 Prozent der Menschen in den Dörfern Erwerbsgespräche aufgenommen hat⁷, waren es im Oktober 2019 mit 88 Prozent schon fast schon doppelt so viele. Nach RWE-Angaben hat der Konzern inzwischen 84 Prozent der Erwerbsgespräche abgeschlossen (Stand:

September 2020).⁹ Damit verbleiben hunderte Bewohner*innen, die noch nicht verkauft haben bzw. bleiben wollen. Nach den Plänen von RWE sollen die Bagger 2023 als erstes Keyenberg zerstören. Bis 2028 will RWE alle fünf Orte für den Tagebau vollständig umsiedeln und „in Anspruch nehmen“, also abbaggern. Die südlich von Keyenberg gelegene Ortschaft Lützerath, deren Bewohner*innen bereits seit 2006 umgesiedelt werden, soll womöglich noch in diesem Jahr dem Erdboden gleich gemacht werden.

Tab.1: Umsiedlungen in den bedrohten Dörfern

Dorf	Einwohner*innen (Stand Dez. 2016) ¹⁰	Geplante Abbaggerung ¹¹
Keyenberg	830	2023
Kuckum	453	2027
Oberwestrich	30	2027
Unterwestrich	120	2027
Beverath	117	2028

Abbaggerung der Dörfer unnötig

Die Zerstörung der Dörfer ist energie-wirtschaftlich gar nicht notwendig. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)¹² im Auftrag von Greenpeace berechnet anhand eines CO₂-Budgets überschlägig die Braunkohlemengen, die noch verfeuert werden dürfen, wenn Deutschland seine Klimapolitik an den – auch für Deutschland verbindlichen – Zielen des Pariser Klimaabkommens von 2015 orientiert. Zusätzlich wurden für die Tagebaue Garzweiler II und Hambach die Kohlemengen hochgerech-

⁴ Stadtverwaltung Erkelenz (Bevölkerungsstand 2016): <https://www.erkelenz.de/dokumente/tourismus-und-kultur/gliederung-der-stadt/2016-bevoelkerungstand-am-31-12-2016.pdf?cid=150>

⁵ Stadtverwaltung Erkelenz: <https://www.erkelenz.de/planen-bauen-wohnen-umwelt/umsiedlungen-tagebau-garzweiler-ii/keyenberg-kuckum-unter-oberwestrich-und-beverath/>

⁶ Stadtverwaltung Erkelenz (Bevölkerungsstand Juni 2020): <https://www.erkelenz.de/dokumente/tourismus-und-kultur/gliederung-der-stadt/2020-fortschreibung-bevoelkerungstand-am-30.06.2020.pdf?cid=c2m>

⁷ <https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/as-set/document/taetigkeitsbericht.pdf>

⁸ https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/gremien/braunkohlensausschuss/sitzungen/sitzung_157/05.pdf

⁹ RWE: <https://www.group.rwe/innovation-wissen-nachbarschaft/rwe-vor-ort/umsiedlung/rahmendaten-keyenberg> (Stand Mai 2020)

¹⁰ Stadtverwaltung Erkelenz (Bevölkerungsstand 2016): <https://www.erkelenz.de/dokumente/tourismus-und-kultur/gliederung-der-stadt/2016-bevoelkerungstand-am-31-12-2016.pdf?cid=150>

¹¹ <https://www.erkelenz.de/planen-bauen-wohnen-umwelt/umsiedlungen-tagebau-garzweiler-ii/keyenberg-kuckum-unter-oberwestrich-und-beverath/>

net, die mit verschiedenen steilen Böschungswinkeln zur Verfügung stehen, ohne dass der Hambacher Wald und bedrohte Dörfer zerstört werden.

Ergebnis: Um die Erderhitzung auf maximal 1,75 Grad zu begrenzen, dürften insgesamt höchstens noch 280 Mio. Tonnen Braunkohle aus den Tagebauen gefördert werden. Bei einem viel zu späten Kohleausstieg zum Jahr 2038 würden noch 630 Mio. Tonnen Braunkohle für den Betrieb der Kraftwerke benötigt. Selbst bei Erhalt der Dörfer und des Hambacher Waldes wäre es dagegen technisch möglich, bis zu 801 Mio. Tonnen zu fördern.

Damit ist klar: Es gibt keine „energiewirtschaftliche Notwendigkeit“, die bedrohten Dörfer oder den Hambacher Wald für Braunkohle zu opfern. Eine weitere Abaggerung von Dörfern wäre grundlos. Vielmehr muss der Großteil der Kohle in den Tagebauen für den Klimaschutz im Boden bleiben – spätestens 2030 muss Schluss sein mit Kohle!

RWE erhöht den Druck zum Umsiedeln

Noch während die im Juni 2018 von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission über den Fahrplan zum Kohleausstieg verhandelte, begann RWE neben bewohnten Häusern in Keyenberg mit dem Bau von Pumpen zur Grundwasserabsenkung für den geplanten Tagebau. Unter dauerhafter Lärm-, Licht- und Schmutzbelastung für die Anwohner*innen arbeitete RWE unbeirrt auf die Zerstörung des Ortes hin, während die Kommission kurz zuvor die Grundlagen zum Erhalt des Dorfes geschaffen hatte. Bereits zuvor hatte RWE rechtswidrig auf Eigentumsflächen von Dorfbewohner*innen teilweise lange Gräben und Wälle gezogen. Erst nach Einschalten eines Anwalts

stoppte der Konzern die Arbeiten und behauptete, dass es sich um ein Versehen handele.¹² Den Bau von Grundwasserpumpen in den Dörfern setzt RWE seither kontinuierlich fort.

RWE kann es nicht schnell genug gehen: Sobald Umsiedler*innen aus ihren Häusern ausgezogen sind, bereitet der Konzern die Häuser für die Zerstörung vor. Strom- und Wasserleitung werden abgeschnitten, Farbmarkierungen auf den Gehwegen machen diese Häuser für jedermann sichtbar. Container vor den Häusern künftiger Umsiedler*innen lassen erkennen, dass sie bald wegziehen werden.



Bau einer RWE-Grundwasserpumpe in Oberwestrich (21.2.19)

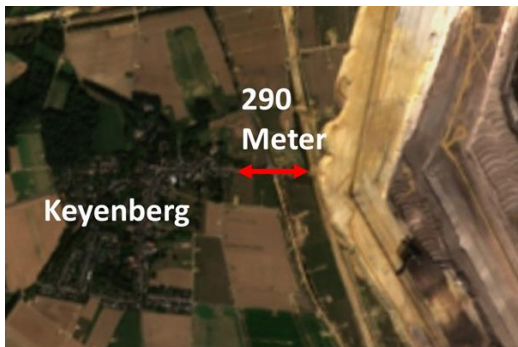
© Bastian Neuwirth / Greenpeace

Gleichzeitig graben sich die RWE-Bagger immer näher an die Dörfer heran. Auswertungen von Satellitenaufnahmen, die Greenpeace vorliegen, zeigen, dass die Bagger inzwischen nur noch knapp 290 Meter vor Keyenberg stehen (Stand September 2020). Wohnhäuser in Keyenberg werden dadurch teilweise die ganze Nacht von den grellen Lichtern des Baggers angeleuchtet.¹³ Wegen der hohen Lärm-, Licht- und Staubbekämpfung durch die Bagger fordern Anwohner*innen deshalb einen Mindestabstand der Tagebaukante von 1.500 Metern.¹⁴

¹² Bündnis gegen Braunkohle: <http://xn--bndnis-gegen-braunkohle-cpc.de/2019/01/31/hilferuf-aus-den-braunkohle-doefern-rwe-macht-uns-das-leben-zur-hoelle-pressemitteilung-von-alle-doefer-bleiben/>

¹³ Bündnis gegen Braunkohle: <http://xn--bndnis-gegen-braunkohle-cpc.de/2019/01/31/hilferuf-aus-den-braunkohle-doefern-rwe-macht-uns-das-leben-zur-hoelle-pressemitteilung-von-alle-doefer-bleiben/>

¹⁴ https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.612926.de/diwkompakt_2019-132.pdf



Satellitenaufnahme vom 14.09.2020

© Europäische Union, enthält modifizierte Copernicus Sentinel Daten 2020

Darüber hinaus sind die Dorfbewohner*innen permanentem sozialen Druck durch RWE ausgesetzt. Unter anderem veröffentlicht RWE in den Dörfern einen regelmäßig aktualisierten Übersichtsplan mit allen Grundstücken des Umsiedlungsortes. Darin ist namentlich vermerkt, wer im neuen Umsiedlungsort schon ein neues Grundstück gekauft oder zumindest reserviert hat. So werden die Nachbar*innen unter Druck gesetzt, ebenfalls der Umsiedlung zuzustimmen. Wer sich – auch wenn man eigentlich nicht umsiedeln will – kein Grundstück im neuen Dorf sichert, droht am Ende leer auszugehen.

RWE schafft Tatsachen: Abriss der Landstraße L277

Am 20. Juli 2020 begann RWE begleitet von Protesten mit dem Abriss der L277, der Straße, die den Ort Keyenberg vom Tagebau Garzweiler II trennt – für die Dorfbewohner*innen bislang eine schützende Linie. Dabei besteht kein Grund für den voreiligen Abriss der Straße: Nach dem beschlossenen Kohlegesetz will NRW Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) bis Ende 2020 eine neue Leitentscheidung beschließen, die die neuen Tagebaugrenzen festlegt. Darin wird festgelegt, ob RWE die Dörfer überhaupt abbaggern darf.

Doch das Kalkül von RWE ist klar: So schnell wie möglich unwiderrufliche Tatsachen schaffen. Schon 2019 hatte RWE damit begonnen, eine Straße zu bauen, die vermutlich nie benötigt wird. Am 20. Mai 2019 legte RWE den Grundstein für die neue „Grubenrandstraße“ (L 354 n) am Kuckumer Wald. Sie soll hinter den von der Abaggerung bedrohten Dörfern beim Tagebau Garzweiler II verlaufen. Für den Bau der Straße hatte RWE bereits im Februar 2019 zahlreiche Bäume gefällt. Gebraucht aber wird die Straße nur, falls das Dorf Kuckum tatsächlich abgebaggert wird. Laut bisherigem Braunkohlenplan soll dies erst 2027 geschehen. Bis zu diesem Zeitpunkt besteht über Kuckum eine Verbindung zwischen Wanlo und Venrath – diese soll durch die neugebaute Straße sichergestellt werden. Nach Angaben von RWE benötigt der Straßenbau etwa zwei Jahre.¹⁵ Somit würde es reichen, im Jahr 2025 mit dem Bau zu beginnen.



Protest-Gottesdienst an der abgerissenen L277

© Bernd Lauter / Greenpeace

RWE entweicht Kirchen

Auch vor der Zerstörung historischer Kirchen macht RWE nicht Halt. Nach der Zerstörung des sogenannten Immerrather Doms im Januar 2018 wurde am 18. Mai 2019 trotz Protesten die Kirche in Mannheim und am 15. Juni 2019 auch die Kirche von Morschenich am Tagebau Hambach entweicht.

¹⁵ RP Online: https://rp-online.de/nrw/staedte/er-kelenz/rwe-power-begruendet-rodung-bei-kuckum-und-keyenberg_aid-36640807

Am 16. September 2019 hat nun auch die katholische Kirche am Tagebau Garzweiler ihre Gebäude an RWE verkauft. Damit droht den Kirchen in Keyenberg und Kuckum das gleiche Schicksal.¹⁶



Zerstörung des „Immerrather Doms“

© Bernd Lauter / Greenpeace

Kein Platz für Alle

RWE lässt ein neues Dorf für die Bewohner*innen der fünf bedrohten Dörfer bauen: Erkelenz-Nord. Doch am neuen Ort ist nicht genug Platz für alle. So ist Erkelenz-Nord mit einer Fläche von 56,7 Hektar fast ein Drittel kleiner als das ursprüngliche Siedlungsgebiet.^{17,18} Besonders benachteiligt sind beispielsweise landwirtschaftliche Betriebe, die auf große Flächen angewiesen sind. Sie erhalten Berichten zufolge zum Teil gar kein Angebot.¹⁹ Andere erhalten Angebote mit nur einem kleinen Bruchteil ihrer aktuellen Fläche.²⁰ Gerade mal etwas mehr als die Hälfte (61 Prozent) der Umsiedler*innen wollen in den neuen am Reißbrett geplanten Umsiedlungsort ziehen – viele suchen sich eine neue Heimat oder sind dazu gezwungen. RWE zerreißt so über Generationen gewachsene Dorfgemeinschaften und entwurzelt Familien.

¹⁶ WDR: <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/kirchen-verkauft-rwe-garzweiler-braunkohle-100.html>

¹⁷ RWE: <https://www.group.rwe/innovation-wissen-nachbarschaft/rwe-vor-ort/umsiedlung/rahmendaten-keyenberg>

¹⁸ Stadtverwaltung Erkelenz: <https://www.erkelenz.de/planen-bauen-wohnen-umwelt/umsiedlungen-tagebau-garzweiler-ii/keyenberg-kuckum-unter-oberwestrich-und-beverath/>

¹⁹ TAZ: <http://www.taz.de/Kohlekommission-und-RWE/!5570955/>

Es gibt Mutmaßungen, dass RWE mit den Umsiedlungen noch ein anderes Ziel verfolgt: Der Konzern wolle sich Flächen sichern, da solche für den Strukturwandel in der Region dringend benötigt werden. So könnte sich RWE auch langfristig politischen Einfluss sichern.²¹

Übrigens: Laut eines Rechtsgutachtens im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sind Zwangsenteignungen an den Tagebauen heutzutage nicht nur überflüssig, sondern angesichts der gestiegenen Klimaschutzvorgaben verfassungsrechtlich gar nicht mehr zulässig.²²



Protest von Anwohner*innen mit gelbem Widerstands-X beim Sternmarsch

© Bernd Lauter / Greenpeace

Widerstand der Dörfer

Insbesondere seit den breiten Protesten zum Erhalt des Hambacher Waldes wächst auch der Widerstand gegen die Zerstörung der Dörfer. In der bundesweiten Initiative „Alle Dörfer bleiben“ (www.alle-doerfer-bleiben.de) haben sich Betroffene aus den verschiedenen deutschen Braunkohle-Revieren, Menschen

²⁰ Energiezukunft: <https://www.energiezukunft.eu/meinung/nachgefragt/rwe-zerstoert-gerade-wie-wir-in-zukunft-leben-sollten/>

²¹ TAZ: <http://www.taz.de/Kohlekommission-und-RWE/!5570955/>

²² BUND: https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/Aktionen/2019_06_05_PK_Enteignungen/20190603_RAePGT_Gutachten_Klimaschutzvorgaben_vs_BK-Enteignungen_im_Rheinland_EF.pdf

aus der Klimagerechtigkeitsbewegung sowie solidarische Bürger*innen zusammengeschlossen, um gegen Zwangsumsiedlungen und die Verschärfung der Klimakrise zu kämpfen. Am 23. März 2019 riefen sie zu einem Sternmarsch im Rheinischen Revier für den Erhalt der Dörfer auf. 3.000 Menschen nahmen an der Demonstration teil. Mit einer Sitzblockade am 27. Mai 2019 demonstrierte die Initiative gegen den Bau der „Grubenrandstraße“ hinter Kuckum. Am 22. Juni 2019 fand eine Demonstration entlang der Tagebaukante mit anschließender Protestaktion in Keyenberg statt, an der sich über 8.000 Menschen beteiligten. Greenpeace, Fridays for Future, „Alle Dörfer bleiben“ und andere zivilgesellschaftliche Organisationen hatten dazu aufgerufen. Am 28. November 2019 protestierten Greenpeace-Aktivist*innen auf einem Schaufelradbagger im Tagebau Garzweiler gegen die Kohlepläne von RWE. Nach dem Abriss der Landstraße L277 zwischen Keyenberg und Lützerath protestierten 3.000 Menschen am 30. August am Tagebau. Seither finden vor Ort regelmäßige Proteste unterschiedlicher Gruppen gegen die Abbaggerung der Dörfer statt.

Moratorium: Dringend notwendig

Um zu verhindern, dass RWE seinen zerstörerischen Kohlekurs ungebremst fortsetzt, fordert Greenpeace gemeinsam mit 27 zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Initiativen aus dem Rheinland von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) ein Moratorium, d.h. ein Aussetzen von Zerstörungen an Häusern, Kirchen, Denkmälern und dörflicher Infrastruktur.²³ Die angekündigte Leitentscheidung zur Festlegung der künftigen Tagebaugrenzen muss hinsichtlich der Braunkohlepläne und zukünftigen Braunkohlefördermengen mit dem 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens vereinbar sein sowie eine umfassende Bürgerbeteiligung im gesamten Prozess ermöglichen.

Für Greenpeace ist es unerlässlich, dass schnellstmöglich erste Kraftwerksblöcke, unter anderem in Niederaußem und Neurath, vom Netz gehen.

Greenpeace fordert:

- NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) muss ein sofortiges Moratorium zum Erhalt der bedrohten Dörfer erlassen
- Die neue Leitentscheidung NRW muss im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen stehen und den Erhalt der bedrohten Dörfer und des Hambacher Waldes festlegen
- RWE muss sofort mindestens fünf Braunkohle- Kraftwerksblöcke vom Netz nehmen (Niederaußem C + D + G sowie Neurath A + B)
- RWE muss einen konzernweiten CO₂-Reduktionsplan vorlegen, der nachweist, wie der Konzern plant, seinen CO₂-Ausstoß im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen zu senken. Dafür ist ein Kohleausstieg bis spätestens 2030 unerlässlich.

Tipps zum Weiterlesen:

[Greenpeace Energieszenario: 2030 kohlefrei \(2018\)](#)

[Greenpeace-Gesetzentwurf über die Beendigung der Nutzung von Braun- und Steinkohle \(2019\)](#)

[Greenpeace-Studie zur Prüfung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit von Garzweiler II \(DIW 2020\)](#)

²³ https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2020_07_Offener_Brief_Laschet_Leitentscheidung_final.pdf